

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Postenstellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Postenstellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 193

Sonnabend, den 18. August 1928

23. Jahrgang

Zehn Jahre russische Handelspolitik

Von Dr. Kälig, Reichsminister a. D.

Während Deutschland infolge der entgegenstehenden Bestimmungen des Versailler Diktates bis zum Januar 1925 eine aktive Handelspolitik überhaupt nicht treiben konnte, war die Sowjetrepublik in der Lage, sofort eine Ordnung des Wirtschaftsverkehrs mit anderen Staaten durch Handelsverträge einzuleiten. Zur Grundlage ihrer Handelspolitik machte die Sowjetunion ein staatliches Außenhandelsmonopol, das am 22. April 1918 eingeführt wurde.

Schon in den Friedensverträgen mit den Randstaaten im Jahre 1920 finden sich mehrfach handelsvertragsartige Bestimmungen. Im Jahre 1921 legt sich das fort und es kommen Handelsverträge mit Persien, Afghanistan, der Türkei, Polen und anderen Staaten hinzu. Vorläufige Handelsverträge werden mit Italien, Desterreich, England, Norwegen und Deutschland geschlossen.

In einem besonderen Abschnitt kamen die außenwirtschaftlichen Beziehungen Rußlands durch die am 10. April 1922 eröffnete Konferenz von Genäva, deren wesentlicher Zweck den Beziehungen Rußlands zum europäischen Wirtschaftsgebiete galt. Deutschland hatte schon vor der Konferenz in Berlin mit den Russen verhandelt. In Genäva kamen die Willkürten über der schwierigen Frage der Entschädigung für das in Rußland sozialisierte Privatigentum der Ausländer zu keinem Ziele; Deutschland überraschte die Welt mit dem am 16. April 1922 zwischen Rathenau und Tschischerin abgeschlossenen deutsch-russischen Vertrag von Rapallo. Nur sechs kurze Artikel enthält der Vertrag, aber sie waren von inhaltsschwerer Bedeutung. Um für die Zukunft eine bereinigte Atmosphäre zu schaffen, wurden zunächst die gegenseitigen Kriegs- und Nachkriegsansprüche annulliert, unter der Voraussetzung, daß Rußland auch sonst keine Entschädigungsansprüche an andere Staaten wegen seiner Staatssozialisierung geltend mache. Sofortige Wiederaufnahme nicht nur der diplomatischen, sondern auch der konsularischen Beziehungen wurde vereinbart, für die beiderseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen wurde der Grundlag der Mostbegünstigung anerkannt und in weitgehender grundsätzlicher Annäherung erklärten die beiden Regierungen, den wirtschaftlichen Bedürfnissen ihrer Länder in wohlwollenem Geiste wechselseitig entgegenzukommen. Bei einer grundsätzlichen Regelung dieser Frage werde sie in vorliegender Gedankenaustausch eintreten. Die deutsche Regierung erklärte sich ihrerseits bereit, die von Privatfirmen beabsichtigten Vereinbarungen nach Möglichkeit zu unterstützen und ihre Durchführung zu erleichtern.

Die Jahre 1924 bis 1927 brachten weitere Handelsverträge oder Umwandlung vorläufiger Vereinbarungen in endgültige Verträge mit einer ganzen Reihe weiterer Staaten, wie Italien, Schweden, China usw. Mit England kamen die Beziehungen ins Stocken. Wohl wurde 1924 ein Handelsvertrag unterzeichnet, aber von der das Kabinett Macdonald abfassenden Regierung nicht ratifiziert. Wahgebend blieben infolgedessen zunächst die vorläufigen Vereinbarungen des Jahres 1921, bis auch von diesen Vereinbarungen die britische Regierung im Mai 1927 nach vollzogenem Bruch mit der Sowjetregierung zurücktrat. Diese Entwicklung hat allerdings nicht verhindert, daß genau so wie von Amerika her ein recht erheblicher Einfuhrverkehr sich einstellte, der erst neuerdings sinkende Tendenz aufweist.

Die Beziehungen zu Deutschland erfuhren einen weiteren Ausbau im Jahre 1924 durch das Protokoll über die Exterritorialität der russischen Handelsvertretung in Deutschland und im Jahre 1925 durch den deutsch-russischen Handelsvertrag. Eine ganz wesentliche Festigung nicht nur der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bahnte der am 24. April 1926 abgeschlossene deutsch-russische Vertrag, der sogenannte Berliner Vertrag an, der im Hinblick auf den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund auch den Schein beiseite räumte, als ob Deutschland dadurch eine von Rapallo wegstrebende Politik einleiten werde. Kurz und bündig erklärte Artikel I des Berliner Vertrages: die Grundlage der Beziehungen Deutschlands und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republik bleibt der Vertrag von Rapallo. Aber der Vertrag brachte darüber hinaus eine wesentliche Erweiterung dieser Grundlagen auch in wirtschaftlicher Beziehung. Die beiden Regierungen sagten sich zu, falls zwischen dritten Mächten eine Koalition zu dem Zwecke geschlossen werden sollte, gegen einen der vertragsschließenden Teile einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu verhängen, sich einem solchen nicht anzuschließen zu wollen. Im übrigen wurde „freundschaftliche Fühlung“ mit einander vereinbart, um über alle, beide Länder gemeinsam berührenden, Fragen politischer und wirtschaftlicher Art eine Verständigung herbeizuführen.

Der Handel Rußlands mit den einzelnen Staaten hat sich verschiedenartig entwickelt. Die russische Handelsbilanz ist stark passiv, und wenn die Zahlungsbilanz es nicht in gleichem Umfange ist, so nur deswegen, weil vielfach langfristige Kredite vom Ausland eingeräumt wurden. Die Passivität ist im wesentlichen begründet durch die steigende Einfuhr von Wertstoffen zur Industrialisierung der russischen

Junges Blut in die Parteien!

Um den Panzerkreuzer

Ueber den Umfall der sozialdemokratischen Reichsminister in der Panzerkreuzerfrage wird gegenwärtig sehr viel geredet, ohne daß diese Erörterungen an dem politischen Tatbestand noch etwas zu ändern vermöchten. Der Panzerkreuzer A ist mit der ersten Rate, der jetzt das neue Kabinett seine Zustimmung gegeben hat, bewilligt und man wird wohl nicht fehlen, wenn man annimmt, daß die Summe von 80 Millionen, die er kosten soll, am Ende, wie bei den früheren Kriegsschiffbauten, um etwa 50 Prozent höher sein wird. Es ist auch ziemlich selbstverständlich, daß diesem ersten Panzerkreuzer A die übrigen vier, die die Klasse vervollständigen sollen, nachfolgen werden, denn der Gesamtwert dieses ersten Panzerkreuzers bleibt gänzlich utopisch, wenn er der Einzige bleiben soll.

Mit diesen politischen Tatsachen ist also zu rechnen. Zweckmäßig würde also lebhaftig dann geredet, wenn sich die Ausdrücke auf die Tatsache des Umfalles verschiedener Minister beschränken wollte. Offenbar haben die Minister geglaubt, daß es zu einer Koalitionserklärung kommen könnte. Man hat auch, wie es heißt, gegen die Gegner der Panzerkreuzerbewilligung im Kabinett wieder einmal die Möglichkeit einer Präsidentenerklärung ins Feld geführt. Und diese Taktik soll schnell die Entscheidung, d. h. den Umfall der grundsätzlichen opponierenden Minister herbeiführen.

Nun ist es nicht das erste Mal, daß in politischen Fragen mit einer Präsidentenerklärung gedroht worden ist. So war es z. B. vor zwei Jahren beim Duellgesetz. Aber es soll auch schon Fälle gegeben haben, wo solche Drohungen, die durchaus nicht immer von Hindenburg selbst ausgehen brauchen, nicht wirksam geworden sind. Wie schwer aber auch immer das Beschäft

gewesen sein mag, das man gegen die Minister der Linken ausgeführt hat, das eine Recht jedenfalls fest, daß sie einen wirklichen Kampf nicht geführt, nicht einmal begonnen haben.

Wir erleben damit einen Vorgang, der sich in unserem Parlament und in der Führung unserer Parteien fortwährend wiederholt, nämlich, daß sie kampfunfähig oder wenigstens gänzlich kampfunentschlossen sind. Dieser Unentschlossenheit werden die heiligsten Ueberzeugungen geopfert, Erlebnisse, die auf die Masse der gutgläubigen Wähler natürlich ungemein niederdrückend einwirken müssen. Die Kampfunentschlossenheit der Parteiführer ist eine chronische Krankheit des gesamten Parlaments, wie es durch die heutigen Parteiführungen zusammengesetzt ist. Unsere Parteien sind in ihrer Führung, um es einmal ganz deutlich herauszusagen, zu alt geworden. Das Erneuerungsverfahren funktioniert nicht. Die großen Wahlkreise mit dem Listenwahlverfahren haben den Parteiapparat bürokratisiert und die Männer, die zu Parlamentariern ernannt worden sind, bedürfen nicht mehr des Wetters und Wagens, um das Glück zu erlangen.

Das ist die eigentliche Lehre des Umfalles der Minister in dem derzeitigen Kabinett.

Die SPD. verlangt Volkseinsatz über den Panzerkreuzer.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands beschloß am Mittwoch alle Schritte zur schleunigen Durchführung eines Volkseinsatzes über den Panzerkreuzerbau einzuleiten. Die kommunistische Reichstagsfraktion wurde beauftragt, sofort die vorbereitenden Maßnahmen für die Einreichung eines Volkseinsatzes zu treffen.

Volkswirtschaft, die 90 Prozent der gesamten Einfuhr ausmacht und sich im letzten Jahre beinahe verdoppelt hat. Auf der anderen Seite ist die Getreideausfuhr sehr zurückgegangen und weist im Vergleich zum Vorjahre jetzt einen Ausfall von etwa 200 Millionen Rubel auf.

Der Wirtschaftsverkehr zwischen Deutschland und Rußland entwickelt sich in einer für Deutschland befriedigenden Weise. Die deutsche Ausfuhr hat sich in diesem Jahre fast verdoppelt, während die Einfuhr aus Rußland nur wenig gestiegen ist und dem Werte nach hinter dem deutschen Ausfuhrwert zurückbleibt. Der Gesamtanteil Deutschlands an der nach Rußland gehenden Einfuhr beläuft sich auf 33 Prozent, was etwa der Anteilziffer der Vorkriegszeit gleichkommt.

Die europäische Lage.

„Manchester Guardian“ sagt in einem Leitartikel: „Niemand glaubt heute, daß England, Frankreich oder Deutschland Krieg wünschen. Aber wenn diese drei Länder nicht zusammenarbeiten können, um ihn zu verhindern, dann wird der Krieg kommen.“ Gegenwärtig sind aber die Ausschichten auf eine solche Zusammenarbeit gering, und sie werden immer geringer. In gewisser Hinsicht ist tatsächlich die Lage ernster als in den Tagen vor Locarno, wo Frankreich und Deutschland einander wie Feinde gegenüberstanden.“ Das Blatt lenkt die Aufmerksamkeit auf eine Reihe von Zwischenfällen, die nur verständlich sind, wenn man voraussetzt, daß der Wunsch besteht, die Rheinlandbesetzung aufzuheben und herausfordernd zu machen, und fährt fort: „Entweder ist dies das Ergebnis einer vorbedachten Politik, die zu der Annahme zwingen müßte, daß die britische Regierung Locarno und vieles andere aufgegeben habe oder aber es ist das Ergebnis schlaftrichter Dummheit.“ In beiden Fällen sind die Ausschichten ernst. Niemals waren Staatskunst und gesunder Menschenverstand notwendiger als jetzt, denn wir treiben weg von Locarno, und ein paar Fehler können alles aufs Spiel setzen, was in jahrelanger Bemühung für den Frieden gewonnen worden ist.“

Krieg in Ostasien.

Der Korrespondent der Londoner „Morning Post“ in Charkin meldet: Die äußere (Sowjet-) Mongolei hat dem Staat Varga den Krieg erklärt. Eine starke Abteilung mongolischer roter Kavallerie, die von Russen ausgebildet wurde, hat die Grenze überschritten. Die Chinesen senden Truppen in der Richtung Qailar. Automobile sind für militärische Zwecke mit Beschlag belegt worden. Mongolische rote Kavallerie hat die Stationen Unur und Barim an der chinesischen Ostbahn besetzt und die Strecke zerstört. Die Telegraphenverbindung ist unterbrochen. Transsibirische Expresszüge sind vor Schicksal in Charkin angehalten worden. „Morning Post“ bemerkt dazu, die Bedrohung Vargas werde möglicherweise eine Wirkung auf die anschließende Randschau und somit indirekt auf Japan ausüben, welches wichtige Interessen an dieser Provinz habe.

Südafrika braucht weiße Einwanderer.

In einer Rede auf einem Festessen erklärte der frühere Premierminister, General Smuts, Südafrika müsse seine Häfen in weitestem Umfange für weiße Einwanderer öffnen, da durch den Mangel an weißer Bevölkerung in Südafrika am besten begegnet werden könne.

Die Folgen von Nettano.

Italienfeindliche Kundgebung in Spalato.

Während sich der italienische Konsul am Dienstag abend mit dem Vizekonsul und einigen Italienern im Marine-Kaffee in Spalato befand, veranstalteten eine Gruppe Studenten und andere kroatische junge Leute, die sich in kurzem zusammengenommen hatten, Kundgebungen gegen Italien. Es wurden auch zwei Stühle geschleudert, deren einer den Tisch traf und den Konsul am linken Arm leicht verletzte. Die Polizei schritt ein. Darauf verließ der Konsul zusammen mit dem Vizekonsul das Kaffee und begab sich zu einem Auto, das in einer Entfernung von weniger als 100 Metern wartete. Auf diesem kurzen Wege wurden die Italiener trotz der Unwesenheit von Polizei von der Gruppe der Manifestanten umringt, die wiederum feindliche Rufe ausstieß und die Italiener zu schlagen ver suchte. Während des Abends dauerten diese Umtriebe fort und machten das Eingreifen von Polizeikräften notwendig. Es soll dabei zahlreiche Verwundete gegeben haben, auch soll ein Gendarm erschossen haben. Die Tatsache, daß die Behörden für abend irgendeinen Zwischenfall voraussagen, wird durch den Umstand bewiesen, daß vor Sonnenuntergang das italienische Konsulat, die italienischen Schulen und die Häuser italienischer Gesellschaften Polizeischutz erhalten hatten. Bisher ist keinerlei Beschädigung italienischen Eigentums gemeldet worden. Der italienische Gesandte in Belgrad hat Anweisung erhalten, bei der jugoslawischen Regierung formellen Protest zu erheben und Entschädigung zu verlangen.

Der moderne Krieg.

Rein wirksamer Schutz Londons gegen Luftangriffe.

Verschiedene Londoner Blätter melden die im Gange befindlichen Luftmanöver hätten gezeigt, daß London gegen feindliche Fliegerangriffe nicht wirksam geschützt werden könne. U. a. wird betont, daß die Kampfflugzeuge der Verteidiger weniger schnell seien, als die neuesten schweren Bombenflugzeuge der Angreifer.

Sachsischenfreiheit.

Am 9. August unternahmen die in Kuchertollgarten in Osttirol in der Sommerfrische weilenden Gäste Ritterberger und Frau und Franz Jalesel und Frau sowie Schwägerin, alle aus Wien, eine Bergtour auf das Pfannhorn. Unterhalb der Grenze beim sogenannten Pfannhorn wurden sie auf österreichischem Gebiet von zwei italienischen Zollbeamten zum Zwecke einer Kontrolle angehalten. Die Touristen weigerten sich, auf österreichischem Staatsgebiet Organen eines fremden Staates gegenüber sich auszuweisen und zogen es vor, ihren Plan, das Pfannhorn zu besteigen, aufzugeben und den Rückweg nach Kuchertollgarten anzutreten. Auf dem Rückweg wurden sie dann in einer Entfernung von 200 bis 250 Metern von den zwei italienischen Pfannhorn verhaftet, gleichzeitig wurden ihnen fünf bis sechs Gewehrschüsse nachgesetzt, die aber glücklicherweise ihr Ziel verfehlten.

Troß nicht in Berlin. Die Pressestelle der Berliner Bolschewisten teilt mit, daß die Redung, nach der Troßki sich in Berlin aufhalten solle, glatt erstanden sei. Troßki befindet sich nach wie vor in Kama Ura (Wittelsaken).